



Inhalt:

+++ **frauen aktuell** +++ Hauptversammlung in Königswinter: Was braucht der öffentliche Dienst? Mehr mutige Mädchen!
+++ **Tarifrunde für Bund und Kommunen: Tarifabschluss kommt Frauen zugute** +++ Aus den Ländern: Equal Pay Day in Berlin
+++ **Geburtenrate 2008: mehr Geburten in den neuen Ländern** +++ **Gleichstellung in Europa: Die EU auf dem Weg zur Gleichberechtigung** +++ **Girls' Day: Zehn Jahre Mädchen-zukunftstag** +++ **justitia** +++ **Urteil: Unterbrechung der Elternzeit für Mutterschutz** +++ **Elterngeldberechnung: Leistungs-Boni müssen berücksichtigt werden** +++ **Ausbau der Kindertagesstätten: 40 000 Vollzeitstellen sind nötig** +++ **tipps** +++ **Gender Pay Gap: EU-Kommission startet Kampagne für geschlechtergerechte Bezahlung** +++ **mehrwert** +++ **Die Kolumne: Ach übrigens...** +++ **Unterhaltung gewinnen** +++ **Lesenswert: Die neuen Väter zwischen Kind und Karriere** +++



Friedrichstraße 169/170
10 117 Berlin

Telefon 030.4081-44 00
Telefax 030.4081-4499
frauen@dbb.de
www.frauen.dbb.de

Verantwortlich:
Helene Wildfeuer

Redaktion:
Birgit Ulrich

Editorial

Eine rote Tasche für mehr Lohngerechtigkeit

Liebe Leserinnen und Leser,

23 Prozent: Das ist die Zahl, die Männer und Frauen in Deutschland von einander entgeltlich trennt. So groß ist der durchschnittliche Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern in Deutschland. Im öffentlichen Dienst sind die Löhne der weiblichen Beschäftigten und Beamtinnen im Schnitt sieben Prozent niedriger als die ihrer männlichen Kollegen. Um an diesem Missstand etwas zu ändern, hat die EU am 26. März 2010 den Equal Pay Day ausgerufen. Bundesweit werden an vielen Orten Frauen und Männer darauf hinweisen, dass nach wie vor Frauen in diesem Land weniger Entgelt beziehen als Männer und, dass der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ noch immer nicht umgesetzt ist.

Alles begann vor drei Jahren mit einer einfachen roten Tasche. Die brachte Isinay Kemmler, Marketingleiterin der Business and Professional Women e. V. (BPW) als Symbol für eine starke Protestbewegung von einer USA-Reise mit nach Deutschland. In den Staaten hatte sie Frauen getroffen, die bereits seit Mitte der 90er-Jahre eine rote Tasche als Symbol für deren Ablehnung von geschlechterbedingter Lohndiskriminierung zur Schau trugen. Bereits ein Jahr nach Kemmlers USA-Reise tauchten am 15. April 2008 auch in Deutschland zum ersten Mal die roten Beutel auf.

Auch in diesem Jahr haben die Initiatoren des Equal Pay Day wieder aufgerufen, die roten Accessoires gut sichtbar durch die Straßen zu tragen und auf die noch immer bestehenden Lohnungerechtigkeiten zwischen Männern und Frauen aufmerksam zu machen. Der Deutsche Frauenrat (DFR) und der Landesfrauenrat Berlin nutzen den Anlass, um **am 26.3.2010, 12.00h – 14.00 Uhr am Platz des 18. März vor dem Brandenburger Tor in Berlin** für eine rasche Überwindung der Entgeltungleichheit einzutreten. Auch die dbb bundesfrauenvertretung unterstützt die Initiative des DFR und ruft zum deutschlandweiten Engagement auf. Nutzen auch Sie diesen Tag, um an Ihrer Arbeitsstelle oder bei Kundgebungen und öffentlichen Veranstaltungen Menschen von der Richtigkeit unseres Anliegens zu überzeugen. Je mehr Menschen sich für die Überwindung der noch immer gravierenden Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen einsetzen, umso größer ist die Wahrnehmung des Problems in Politik und Öffentlichkeit.

In Deutschland findet der Tag für gleiches Entgelt bereits zum dritten Mal statt. Also wundern Sie sich nicht, wenn auch in Ihrer Stadt Frauen bewusst zur roten Handtasche greifen.

Ich wünsche Ihnen viel Vergnügen beim Lesen,

Helene Wildfeuer
Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung

Hauptversammlung in Königswinter

Was braucht der öffentliche Dienst? Mehr mutige Mädchen!



Inmitten der Vorbereitungsphase zum 10. dbb bundesfrauenkongress am 4. und 5. Juni 2010 trafen sich die Frauenvertreterinnen aus dbb Mitgliedsgewerkschaften und den dbb Landesbünden in Königswinter zur Hauptversammlung am 26. und 27. Februar 2010: Zum einen, um die Agenda des Kongresses festzulegen und zum anderen, um die frauenspezifische Gewerkschaftsarbeit im dbb und seinen Mitgliedsgewerkschaften sowie Landesbünden zu beschließen und zu gestalten. Themen der gemeinsamen Debatten waren die aktuellen Entwicklungen der Tarifverhandlungen von Bund und Kommunen, die Fortentwicklung des Dienstrechts in Bund und den Ländern, die Aktionsplanung zum Equal Pay Day am 26. März und die Diskussion, wie man mehr Mädchen und jungen Frauen Mut macht, in von Männern dominierten Berufsfeldern Spitzenpositionen anzustreben.

Wohlwollend hatte die dbb bundesfrauenvertretung den Schlichterspruch für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen vom 25. Februar aufgenommen. Das Ergebnis sei ein fairer Interessenausgleich, der sowohl die Ansprüche der Beschäftigten berücksichtige, aber auch auf die angespannte finanzielle Lage der Kommunen Rücksicht nehme“, betonte Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung. Gleichzeitig wies sie darauf hin, wie wichtig es sei, dass sich vor allem Frauen im öffentlichen Dienst an den Aktionen beteiligten, um ihre Interessen im Beschäftigungsumfeld besser durchsetzen zu können. Wildfeuer hob das Engagement tausender im öffentlichen Dienst beschäftigter Frauen hervor, die sich an Streikaktionen und Kundgebungen des dbb in ganz Deutschland beteiligt hatten. „Mit uns müssen Sie rechnen!

Unser Slogan ist Programm, das haben wir bei dieser Tarifrunde gezeigt“, erklärte Wildfeuer und kündigte an, auch im nächsten Jahr, wenn es um die Löhne der Landesbeschäftigten gehe, die Verhandlungen mit voller Frauenpower zu unterstützen. Zuspruch erhielt die Vorsitzende seitens der Geschäftsführungsmitglieder. Jutta Endrusch, Kirsten Lüthmann, Ute-Wiegand-Fleischhacker und Astrid Hollmann lobten die aktive Beteiligung und die dadurch gestärkte Position der weiblichen Beschäftigten in den Tarifverhandlungen. „Frauen haben Flagge gezeigt und die dbb-Anliegen effektiv unterstützt“, betonte Astrid Hollmann, die auch Mitglied der dbb Bundesleitung ist. Frauen haben einen immer größeren Anteil an der Gestaltung des öffentlichen Dienstes. „Frauen sind hier längst keine Randgruppe mehr. Mit 53 Prozent stellen sie mittler-

weile die Mehrheit der Beschäftigten im öffentlichen Sektor“, sagte Wildfeuer zur aktuellen Lage. Und dennoch seien Sie in den Führungsetagen noch unterrepräsentiert. Um dieses Missverhältnis auszugleichen, bedarf es einer starken gewerkschaftlichen Interessensvertretung, die selbständig über ihre Mittel verfügen kann. „Die Ausstattung der Frauenvertretungen muss sich langfristig verbessern“, forderte Wildfeuer, die sich für ein ausreichendes Budget für die Frauenvertretungen innerhalb der dbb Verbände aussprach. Sie verlangte mehr Planungssicherheit für die Arbeit der Frauenvertretungen: „Zuerst müssen die Mittel stehen, dann können Aktionen und Aktivitäten effektiv durchgeführt werden. Frauenarbeit ist ein wichtiger Anteil der Genderpolitik und dieser muss so lange gefördert und unterstützt werden, so lange berufliche und gesellschaftliche Benachteiligungen von Frauen bestehen.“

Entgeltgleichheit aktiv fördern

Das Thema Entgeltgleichheit bestimmte auch auf der Frühjahrssitzung der dbb bundesfrauenvertretung die Debatte. Anlässlich des Equal Pay Day am 26. März rief die Vorsitzende ihre Kolleginnen dazu auf, Aktionen in ihren Dienststellen durchzuführen und sich an öffentlichen Veranstaltungen zu beteiligen. Gleichzeitig wies sie darauf hin, dass das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend mit einem Datenerfassungssystem Ungerechtigkeiten in der Bezahlung von Frauen und Männern überprüfen möchte. Unter dem Namen Logib-D bietet das Ministerium ein Computerprogramm an, mit dem Unternehmen sich einen Überblick über die Entgeltstrukturen und die Entgeltgleichheit im eigenen Haus verschaffen können sollen. Das Programm ist flankiert von Beratungsangeboten, die Maßnahmen zur



Lagebesprechung: Die Geschäftsführung bereitet sich auf den dbb bundesfrauenkongress am 4. und 5. Juni 2010 in Potsdam vor. v.l. Astrid Hollmann, Eva Hermanns, Ute Wiegand-Fleischhacker, Jutta Endrusch, Helene Wildfeuer (Vorsitzende).

Verbesserung der Lohnstrukturen fördern sollen. Logib-D ist als Förderinstrument zur Überwindung der Entgeltungleichheit im Koalitionsvertrag verankert. Das Programm ist in erster Linie für die Wirtschaft konzipiert, soll allerdings auch zur Anwendung im öffentlichen Dienst geeignet sein. Derzeit laufen Anfragen der dbb bundesfrauenvertretung an das Bundesministerium des Innern, ob eine Evaluierung der Gehaltsstrukturen im Bereich der Bundesverwaltung mit Logib-D geplant ist.

Frauenpolitik für den Nachwuchs schmackhaft machen

Frauenthemen nehmen auch in der Jugendarbeit des dbb einen immer wichtigeren Stellenwert ein. Und dennoch zeigen sich junge Frauen sehr zurückhaltend, wenn es darum geht, für ihre Belange gewerkschaftlich einzutreten. Dies ergab eine Situationsanalyse, die die dbb jugend zusammen mit den Landesjugendleitungen durchführte. Nur wenige junge Frauen seien demnach aktiv. Deshalb habe die dbb jugend ein Mentoringprogramm aufgelegt, das junge weibliche Beschäftigte zum Engagement motivieren soll, berichtete die Vorsitzende der dbb jugend Sandra Hennig. Das erste Seminar werde im Juni in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Landesfrauvertreterinnen stattfinden.

Die dbb bundesfrauenvertretung sprach der dbb jugend ihre Unterstützung beim Aufbau des Mentoringprogramms aus. Schließlich gehe es darum junge Frauen zu fördern und sie fit für Führungspositionen zu machen, sagte Wildfeuer: „Was der öffentliche Dienst braucht, sind mehr mutige Mädchen, die auch in den technischen Bereichen nach einer Spitzenposition streben.“ Hierzu müsse man generationenübergreifend handeln

und die Expertise der erfahrenen weiblichen Führungspersonalitäten im öffentlichen Dienst an den Nachwuchs weitergeben. So erarbeite auch die dbb bundesfrauenvertretung gemeinsam mit der Bundesleitung ein Strategieprogramm für Frauen im Ehrenamt, so die Vorsitzende.

Mädchen Zukunftstag

„Junge Mädchen sind eine wichtige Zukunftsklientel für den dbb“, mit diesen Worten übergab Wildfeuer das Wort an Elisabeth Schöppner, Mitarbeiterin beim Kompetenzzentrum Technik – Diversity – Chancengleichheit e. V. und zuständig für die Initiative „Girls' Day – Mädchenzukunftstag“. Seit zehn Jahren setzt sich die Initiative bereits dafür ein, Mädchen ab der Klassenstufe fünf für eine berufliche Karriere in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT-Berufe) zu begeistern. Jedes Jahr am letzten Donnerstag im April findet aus diesem Anlass der Girls' Day statt, der dieses Jahr unter Schirmherrschaft der Bundeskanzlerin Angela Merkel steht. Ziel des Schnupperpraktikums sei es laut Schöppner, die Medien- und Fachkompetenz der Mädchen zu stärken. „Der Schnupperstag soll dazu beitragen, Hemmschwellen abzubauen. Derzeit werden 72 Prozent der Ausbildungsplätze von Mädchen in nur 20 von 400 möglichen Berufen abgefragt“, erklärte Schöppner. Die Hälfte der Mädchen mit Migrationshintergrund besetzten Ausbildungsplätze in lediglich vier Berufen. Um die Studienwahl von Mädchen mehr in Richtung der technischen Berufe zu lenken, sei es deshalb wichtig, das Selbstbewusstsein der Schülerinnen dahingehend zu stärken, neue berufliche Wege einzuschlagen. Vor allem die Wirtschaft zeige ein großes Interesse daran, Frauen zunehmend in die technische Entwicklung und Pro-

duktion einzubinden. „Frauen lieben Technik, besonders als Nutzerinnen. Schönes Design und Nützlichkeit müssen vereint werden. Möglichst sollte eine Gebrauchsanweisung überflüssig sein. Deswegen müssen Frauen verstärkt technische Produkte mitentwickeln. Schließlich treffen sie die Mehrzahl der Kaufentscheidungen“, erklärte Schöppner das Interesse der Wirtschaft am Konzept „Girls' Day“. Auf Unternehmensseite ziele das Projekt darauf ab, innerhalb der Berufssparten Genderkompetenz zu fördern. Vor allem die Kommunikation sei noch immer stark auf eine männliche Ansprache ausgerichtet. Mechatronikerinnen und Elektrotechnikerinnen kämen im allgemeinen Sprachgebrauch bisher kaum vor, so Schöppner. Derzeit bieten rund die Hälfte aller Unternehmen, Betriebe und öffentliche Arbeitgeber einen „Girls' Day“ an. Der öffentliche Dienst deckt ein Fünftel der Angebote ab und ist nach den Unternehmen, die die Hälfte der Anbieter ausmachen, der zweitgrößte Anbieter für den Mädchenzukunftstag. Aus dem Bereich Politik bieten nur 1,2 Prozent der Institutionen und Organisationen Plätze an.



Der Girls' Day soll mehr Mädchen für technische Berufe begeistern. Wie das funktioniert, erläuterte Elisabeth Schöppner, Mitarbeiterin der Initiative „Girls' Day – Mädchenzukunftstag“.

Als Support für den Organisationsaufwand bietet die Initiative neben einem Online-Tool zur Organisation auch die Unterstützung von Mitarbeitern in 350 regionalen Arbeitskreisen, die die regionale Öffentlichkeitsarbeit vor Ort begleiten. Die dbb bundesfrauenvertretung ist offizieller Kooperationspartner der Initiative und berichtet regelmäßig zum „Girls' Day – Mädchenzukunftstag“.

Tarifrunde für Bund und Kommunen

Tarifabschluss kommt Frauen zugute

Anerkennend hat die dbb bundesfrauenvertretung den Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen aufgenommen. „Vor allem Frauen profitieren von dem durch den Schlichterspruch erzielten Kompromiss,“ sagte Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, die das Ergebnis als einen fairen Interessenausgleich bezeichnete, der sowohl die Ansprüche der Beschäftigten berücksichtige, aber gleichzeitig auf die angespannte finanzielle Lage der Kommunen Rücksicht nehme.

Die lineare Einkommenssteigerung in Höhe von 2,3 Prozent in den nächsten zwei Jahren (plus Einmalzahlung von 240 Euro zum 1. Januar 2011) werte die Arbeit im öffentlichen Dienst auf und trage Sorge dafür, dass die Lohnentwicklung nicht weiter von der in der freien Wirtschaft abgehängt werde. Wildfeuer wies daraufhin, dass vor allem Beschäftigte in den unteren Gehaltsstufen, in denen vor allem Frauen tätig sind, überdurchschnittlich von der Einmalzahlung profitierten. Zudem erfahre der Gesundheitsbe-



reich – und damit eine „wirkliche Frauendomäne im öffentlichen Dienst“ eine reale finanzielle Aufwertung. Der Tarifabschluss sieht vor, den Nachtzuschlag für Krankenhauspersonal auf 15 Prozent zu erhöhen. Gleichzeitig steigen die Bereitschaftsdienstentgelte für Beschäftigte im gesamten Gesundheitsbereich entsprechend den linearen Anhebungen der Tabellenent-

Geburtenrate 2008

Mehr Geburten in den neuen Ländern

In den neuen Ländern werden wieder mehr Kinder geboren. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts (Destatis) setzt sich damit der Wiederanstieg der Geburtenzahlen nach dem starken Einbruch Anfang der 1990er Jahre weiter fort: 2008 stieg die durchschnittliche Kinderzahl je Frau in den neuen Ländern auf 1,40 an (2007: 1,37). Im früheren Bundesgebiet (jeweils ohne

gelte. Auch die Ankündigung, die Auszubildendenbezüge zu erhöhen sowie Azubis mit guten Abschlüssen für mindestens zwölf Monate weiter zu beschäftigen, stieß bei der dbb bundesfrauenvertretung auf positive Resonanz. „Vor allem junge Frauen, die sich zunehmend für eine Arbeitsstelle im öffentlichen Dienst bewerben, profitierten von dieser Regelung“, betonte Wildfeuer. Die öffentlichen Arbeitgeber zeigten damit, dass sie die Problematik der Nachwuchsförderung erkannt haben. „Eine lineare Erhöhung der Auszubildendengehälter und eine attraktive Zukunftsperspektive machen den öffentlichen Dienst langfristig nicht nur zu einem attraktiven Arbeitsplatz für Frauen und Männer in gleichem Maße, sondern tragen dazu bei, seine Leistungskraft zu erhalten“, so Wildfeuer.

Nun gehe es darum, den Tarifabschluss fair auf alle Beschäftigte im öffentlichen Dienst zu übertragen. „Auch die Beamtinnen und Beamten dürfen nicht von der Lohnentwicklung abgekoppelt werden“, sagte Wildfeuer, die eine zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf die rund 360 000 Beamtinnen und Beamten des Bundes forderte.

Berlin) blieb sie mit 1,37 konstant. Laut Destatis war hier die durchschnittliche Kinderzahl je Frau zuletzt 2001 mit 1,38 und 2000 mit 1,41 höher ausgefallen als 2008.

Weitere Daten und Informationen sowie eine Tabelle zum Thema lesen Sie unter www.destatis.de.

Aus den Ländern:
Equal Pay Day in Berlin

In Berlin forderte Petra Woosmann, Vorsitzende des Frauenausschusses der gkl berlin, alle berufstätigen Frauen und an Entgeltgleichheit interessierten Männer auf, am Equal Pay Day Flagge zu zeigen: „Gehen Sie am 26. März 2010 mit einer roten Tasche, dem Symbol für die auch in Deutschland nach wie vor bestehende Entgeltungleichheit zwischen den Geschlechtern, zur Arbeit.“



© Berlin.de

Der Equal Pay Day will einen Anstoß geben, die konkreten Ursachen für Entgeltunterschiede an der Wurzel anzugehen und Impulsgeber für eine nachhaltige Veränderung der Lohn- und Gehaltslandschaft sein, heißt es in einer Presserklärung des Aktionsbündnisses für mehr Lohn- und Gehaltsgerechtigkeit: „Damit das Prinzip der Entgeltgleichheit keine Vision bleibe, sei die Unterstützung des Equal Pay Day durch jede einzelne und jeden einzelnen am Wirtschaftsleben Beteiligten von großer Bedeutung.“

In Berlin organisieren der Deutsche Frauenrat und der Landesfrauenrat Berlin zu diesem Anlass eine Großveranstaltung, an dem sich auch die dbb bundesfrauenvertretung beteiligt. Am 26. März sind alle Frauen und Männer, die sich für geschlechtergerechte Verdienste aussprechen, aufgerufen, sich um 12 Uhr am Platz des 18. März zu versammeln und gegen bestehende Lohnungerechtigkeiten zu demonstrieren.

Gleichstellung in Europa

Die EU auf dem Weg zur Gleichberechtigung

Acht Monate sind seit den Wahlen zum Europäischen Parlament (EP) vergangen, und nun endlich konnte die neue Europäische Kommission gewählt werden. Das Parlament stimmte mit einer deutlichen Mehrheit von 488 zu 137 Stimmen bei 72 Enthaltungen für den Personalvorschlag von Kommissionspräsident Barroso. Neun der insgesamt 27 EU-Kommissare in der Europäischen Union sind Frauen.

Zusammen mit den anderen 25 Kommissarinnen und Kommissaren wurde auch Catherine Ashton gewählt. Sie ist offiziell Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik, hat aber faktisch die Funktion der im Verfassungsvertrag ursprünglich vorgesehenen Außenministerin übernommen. Ihr obliegt nun die Aufgabe, den neuen diplomatischen Dienst der Europäischen Union aufzubauen.



© fotolia.com

Daneben hat sich die erfahrene EU-Kommissarin Viviane Reding, zuständig für die Ressorts Justiz, Grundrechte, Bürgerschaft, explizit für eine starke Gleichstellungspolitik auf EU-Ebene ausgesprochen. „Ich werde daran arbeiten, die Gleichstellung von Frauen und Männern in der gesamten EU, sowie in allen EU-Politikbereichen zu stärken. Prioritäten werden dabei sein, das geschlechtsspezifische Lohngefälle zu verringern, Frauen verstärkt in Beschlussfassungen einzubinden und Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen“, erklärte Reding.

Europäisches Parlament fordert ein Ende der Diskriminierung

Gleichstellungspolitik erhält einen immer größeren Stellenwert in der EU-Politik. Das zeigen auch die jüngsten Forderungen, die das Europäische Parlament an die Mitgliedstaaten richtete. Auf der Grundlage eines Berichts des EP-Frauenausschusses wurden „Wege zur Gleichberechtigung“ formuliert. Neben allgemeinen Positionen zur Verbesserung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der EU for-

derte das EP die Staaten auf, die derzeitige wirtschaftliche Krise als Chance wahrzunehmen, um alle politischen Konzepte auf Frauen-diskriminierung und Gleichberechtigung zu überprüfen.

Das EP verlangt von den Mitgliedstaaten „eine gleichstellungspolitische Folgenabschätzung vorzunehmen, bevor sie Sparmaßnahmen auf den Weg bringen, um zu vermeiden, dass Frauen überproportional davon betroffen sein werden.“ Gleichzeitig erhielt die Kommission den Auftrag, präzise statistische Untersuchungen über die Auswirkungen der Krise auf Frauen und Männer vorzulegen. Darauf aufbauend seien Maßnahmen zu entwickeln, die den wirtschaftlichen Wiederaufschwung fördern können und die Bedürfnisse und die besondere Lage von Frauen und Männern berücksichtigen. Insbesondere solle dies im Rahmen von integrierten politischen Lösungen zur Förderung der Gleichstellung („Gender Mainstreaming“) und im Rahmen einer Haushaltsanalyse unter Berücksichtigung des Gleichstellungsaspekts („Gender Budgeting“) geschehen.

EP stimmt für Quotenregelung

Mit einer überzeugenden Mehrheit begrüßte das EP die Entscheidung der norwegischen Regierung, „den Anteil von Frauen in Vorständen privater und staatlicher Unternehmen auf mindestens 40 Prozent zu erhöhen. Im Zuge dessen forderten die Abgeordneten sowohl die EU-Kommission als auch die Mitgliedstaaten auf, „dem positiven Beispiel Norwegens zu folgen und ebenfalls solche Initiativen zu ergreifen.“ Dabei wies das EP ausdrücklich auf die positiven Auswirkungen konkreter Quotenregelungen für die Vertretung von Frauen – etwa bei Wahlen – hin und forderte „bindende Zielsetzungen, um die ausgewogene Repräsentanz von Männern und Frauen zu gewährleisten“.

Gilrs' Day – Zehn Jahre Mädchen Zukunftstag

Am **22. April 2010** ist Girls' Day – Mädchenzukunftstag! Zum zehnten Mal können Schülerinnen ab Klasse 5 an diesem Tag in die Arbeitswelt in Technik, Handwerk, Ingenieur- und Naturwissenschaften hinein schnuppern und lernen weibliche Vorbilder in Führungspositionen in Wirtschaft und Politik kennen. Durch den Aktionstag haben bereits etwa 900 000 Mädchen zukunftsorientierte Berufe erkunden können, in denen Frauen bisher noch unterrepräsentiert sind. Anlässlich des runden Jubiläums und als Zeichen ihrer Unterstützung übernimmt Bundeskanzlerin Angela Merkel die Schirmherrschaft. Sie unterstützt damit die Zielsetzung des Girls' Day – Mädchenzukunftstags, Mädchen für technische und naturwissenschaftliche Berufe zu begeistern, die angesichts des steigenden Fachkräftebedarfs in diesem Bereich von großer Bedeutung bleibt. Nachhaltig erzeugt und unterstützt der Girls' Day positive Trends, z. B. steigende Anteile weiblicher Studierender in den Ingenieurwissenschaften und mehr weibliche Auszubildende in Metall- und Elektroberufen. Geheimnis des Erfolgs ist die spezifische Ansprache von Mädchen. Als starker Partner im öffentlichen Dienst unterstützt die dbb bundesfrauenvertretung die Initiative.

Teilnahme und Unterstützung

Die Bundesweite Koordinierungsstelle für den Girls' Day – Mädchenzukunftstag, die jeweiligen Ansprechpersonen in den Bundesländern und die regionalen Arbeitskreise beraten Sie gerne in allen Fragen zum Girls' Day. Alle Kontaktdaten, Infos und Materialien zur Durchführung des Girls' Days stehen Ihnen unter www.girls-day.de zur Verfügung.

Neue Wege für Jungs

Als Ergänzung zum Girls' Day bietet das Servicebüro „Neue Wege für Jungs“ Unterstützung bei der Planung und Durchführung von Aktivitäten zur Berufs- und Lebensplanung von Jungen an, die zu einem Wandel im geschlechtsspezifischen Berufswahlverhalten beitragen sollen: <http://www.neue-wege-fuer-jungs.de>.

Urteil

Unterbrechung der Elternzeit für Mutterschutz

Beamtinnen in NRW können Elternzeiten nicht für Mutterschutz unterbrechen. Das hat das nordrheinwestfälische Innenministerium mit Erlass vom 14.01.2009 im Einvernehmen mit dem Finanzministerium bekannt gegeben. Dem zugrunde liegt ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts (OVG) NRW vom 30.07.2008 (Az.: 1 A 2282/06).

Darin hatten die Richter die Klage einer Beamtin zurückgewiesen, die einen bewilligten aber noch nicht angetretenen Zeitraum einer Elternzeit widerrufen wollte, um Mutterschutzfristen in Anspruch zu nehmen. Für den Tarifbereich hingegen gilt seit Februar 2009 die Regelung, dass Anträgen von Beschäftigten auf vorzeitige Beendigung der Elternzeit sofort zu entsprechen sei, bis eine Änderung des Gesetzes erfolgt.

In der Entscheidungsbegründung des OVG NRW heißt es, dass gemäß § 3 Abs. 3 Satz 3 Elternzeitverordnung (EZVO) die Beamtin ihre Elternzeit nicht wegen Mutterschutzfristen des § 2 Abs. 2 und § 4 Abs. 1 der Mutterschutzverordnung vorzeitig beenden könne. Dabei fand eine vorangehende Entscheidung des EuGH keine Berücksichtigung, die in den nationalen Vorschriften über die Elternzeit einen Verstoß gegen die Richtlinie 76/207/EWG (Gleichbehandlung) und RL 92/85 (Mutterschutz) sieht, sollten Änderungen unberücksichtigt bleiben, die sich aus der Schwangerschaft während der 14-wöchigen Schutz-

Elterngeldberechnung

Leistungs-Boni müssen berücksichtigt werden

Leistungsbezogene Gehaltsbestandteile, die zusätzlich zum Fixgehalt als Boni, Umsatzbeteiligungen oder Prämien mehrfach im Jahr zu einem festgesetzten Stichtag ausgezahlt werden, müssen bei der Berechnung des Elterngeldes berücksichtigt werden. Das hat das Bundessozialgericht in Kassel entschieden (Az.: B 10 EG 3/09).

Dem Urteil zugrunde liegt die Klage einer Mutter, die zu ihrem niedrigen Fixgehalt am Umsatz des Arbeitgebers beteiligt ist und sechsmal im Jahr entsprechende Ausschüttungen erhält. Mit ihrem festen Grundgehalt blieb sie jedoch unter dem Höchstsatz von 1 800 Euro im Monat. Die Anrechnung der regelmäßig ausgezahlten Umsatzbeteiligung war ihr bisher verweigert



frist für die betreffende Arbeitnehmerin ergeben. Nicht vereinbar mit dem Gemeinschaftsrecht ist es laut EuGH, wenn die schwangere Frau den Zeitraum der Elternzeit nicht ändern kann, um den ihr zustehenden Mutterschaftsurlaub und die damit verbundenen Rechte in Anspruch zu nehmen.

worden. Ein vorangehendes Urteil des Landessozialgerichts Berlin-Brandenburg (L12 EG 7/08) hatte bereits festgestellt, dass die Provisionen als „aufgrund des Arbeitsverhältnisses erbracht“ einzubeziehen sind. Einmalzahlungen wie Weihnachts- oder Urlaubsgeld werden jedoch weithin nicht in die Berechnung des Elterngeldes einbezogen

Ausbau der Kindertagesstätten: 40 000 Vollzeitstellen sind nötig

Bis zu 40 000 zusätzliche Vollzeitstellen für Erzieherinnen und Erzieher in Kindertagesstätten müssen geschaffen werden, um den geplanten Ausbau der Kinderbetreuung bis 2013 umzusetzen. Das schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort (17/714) auf eine Kleine Anfrage der SPD-Fraktion (16/564). Des Weiteren bestehe ein Bedarf von 25 000 Tagespflegepersonen. Die Aus- und Fortbildung der pädagogischen Fachkräfte in der Kindertagesbetreuung sei deshalb ein „Schlüsselfaktor für die Qualitätsentwicklung in der Praxis“, fügte die Regierung in ihrem Schreiben ergänzend hinzu. Dem zufolge werde es nötig sein, zusätzliche Ausbildungskapazitäten an Fachschulen zu schaffen und die frühpädagogischen Studiengänge einzubeziehen, um einen guten Qualitätsmix in den Einrichtungen zu erreichen. Entscheidend sei jedoch auch, das Berufsfeld der Erzieher durch bessere Rahmenbedingungen aufzuwerten und für eine höhere gesellschaftliche Anerkennung zu sorgen, führt die Regierung weiter aus. In diesem Zusammenhang wolle sie auch die bisher deutlich unterrepräsentierten Männer in diesem Berufszweig aktivieren.



© fotolia.com

Die Bundesregierung hat angekündigt, die bereits 2007 zwischen Bund, Ländern und Kommunen getroffene Vereinbarung, bis 2013 750 000 Betreuungsplätze für unter Dreijährige zu schaffen, auch unabhängig von der desolaten Finanzlage der Kommunen einzuhalten. Laut den Angaben der Bundesregierung sei es Aufgabe der Länder, dafür zu sorgen, dass die vom Bund für den Ausbau bereitgestellten vier Milliarden Euro auch tatsächlich den Kommunen und Trägern zur Verfügung gestellt würden. Auch stünden die Länder in der Pflicht, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, die vereinbarten Ziele zu erreichen.

Unterhaltung gewinnen



Das Schicksal der Kaiserin Elisabeth von Österreich, besser bekannt als „Sissi“, hat ganze Generationen berührt und fasziniert zugleich. Bis heute ist ihr Mythos weit über die Grenzen Europas hinaus lebendig. **Elisabeth – Das Musical** zeigt die außergewöhnliche Lebensgeschichte der schönen Kaiserin einmal an-

ders. Vom 18. März bis 25. April 2010 gastiert das musikalische Schauspiel im Capitol Theater Düsseldorf. Musik, die ans Herz geht, prunkvolle Kostüme und grandiose Bühnenbilder machen das erfolgreichste deutschsprachige Musical zu einem unvergesslichen Theatererlebnis. Wenn Sie die musikalische Inszenierung des Kaiserinnenlebens live erleben möchten, schicken Sie eine E-Mail mit dem Stichwort „Unterhaltung gewinnen: Elisabeth“ bis 14. April 2010 an frauen@dbb.de und gewinnen Sie Freikarten für Elisabeth – Das Musical.

Die Kolumne

Ach übrigens...

Mit der Wahrnehmung ist das so eine Sache. Jeder Mensch nimmt Dinge anders wahr. Was dem einen auffällt, wird dem anderen gar nicht bewusst. Welche Frau kennt nicht das Problem, dass ihre Frisur jeden Morgen anders sitzt, obwohl die Haare stets die gleiche Behandlung erfahren. Trotzdem und unverständlicherweise fällt das, außer einem selbst, niemandem auf. Leichter nachzuvollziehen ist da schon folgendes Beispiel für Unterschiede in der Wahrnehmung: Wenn Sie im Stadtpark spazieren gehen, werden Sie einen dort herumlaufenden Hund wohl eher nicht bemerken. Was aber wäre, wenn Ihnen ein Elefant begegnen würde –



mitten in Ihrem Stadtpark? Ihre Aufmerksamkeit wäre dem Elefanten mehr als sicher. Sie würden sich wahrscheinlich noch tagelang über dieses Ereignis wundern. Neulich saß ich mit einer Freundin im Café. Sie ist seit zwei Jahren Mutter und wir unterhielten uns natürlich auch über das Kind, den dazugehörigen Vater und darüber, wie sie den Wiedereinstieg in den Beruf gemeistert hat. Irgendwann äußerte ich meine Einschätzung, dass ihr Mann ein wirklich guter Vater wäre. Ein paar Tage später fiel mir das Gespräch wieder ein und

ich habe mich plötzlich sehr gewundert, warum ich die Vaterqualitäten ihres Mannes extra betont hatte, ihr aber noch nie gesagt habe, dass ich sie für eine gute Mutter halte – was sie zweifellos ist. Und da sind wir wieder bei der Wahrnehmung. Dass eine Frau eine gute Mutter ist, wird in unserer Gesellschaft als selbstverständlich hingenommen – wie der Hund im Park. Doch warum findet ein guter Vater ausdrückliche Beachtung? Sind gute Väter immer noch Mangelware? Sind sie die Elefanten im Stadtpark? Wohl

kaum. Vielmehr scheint die traditionelle Rollenverteilung stärker in unseren Köpfen verankert zu sein, als uns bewusst ist. Aber sehen wir es positiv. Selbst wenn wir gute Väter weiter erwähnenswert finden, schadet das nicht. Lob als Motivationsmittel ist nicht zu unterschätzen. Also, erwähnen und loben Sie Väter ruhig guten Gewissens weiter. Ich für meinen Teil habe mir vorgenommen, meiner Freundin beim nächsten Treffen zu sagen, dass sie ihre Sache als Mutter wirklich gut macht. Und ich werde es nicht zu Motivationszwecken sagen, sondern weil es eben so ist.

Herzlichst, eine Beobachterin

Lesenswert

Die neuen Väter zwischen Kind und Karriere

Immer mehr Männer stellen sich heute die Frage: Kind und Karriere – wie soll das gehen? Männer sind in der Regel noch immer dem Beruf verpflichtet. Doch das tradierte Rollenbild des Familienernährers beginnt sich aufzuweichen. Immer mehr Männer nehmen sich für die Familie eine Auszeit und entscheiden sich, in Elternzeit zu gehen. Doch wie sieht ein Leben nach den „Papamonaten“ aus?



© Verlag Barbara Budrich

Einer, der sich diese Fragen auch gestellt hat, ist der Journalist Thomas Gesterkamp. In dem Ratgeberbuch „Die neuen Väter zwischen Kind und Karriere“ (Verlag Barbara Budrich) analysiert der bekennende Erziehungspausierer das Problem der Vereinbarkeit von Familie und Beruf aus männlicher Sicht. Denn nicht nur Frauen kämpfen mit festgefahrenen Rollenmustern. Das müssen Männer oftmals bitter erkennen, wenn sie etwa bei ihrem Arbeitgeber eine Babypause ankündigen oder der Familie wegen die Arbeitszeit reduzieren möchten.

Gesterkamp räumt in seinem Buch mit dem Vorurteil auf, dass der Spagat zwischen Kind und Karriere ein rein weibliches Problem darstellt. Er beschreibt nicht nur das Dilemma der Väter zwischen Wickeltisch und Laptop, sondern liefert über anschauliche Anekdoten Ideen und Anregungen, wie beide Eltern gemeinsam Beruf, Familie und Partnerschaft gelingen vereinbaren können.